

Substanzielles Protokoll 199. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Dezember 2013, 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|----------------------------|--|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 6. | 2013/309 | Weisung vom 11.09.2013:
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf | FV |
| 10. | 2013/421 A | Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 27.11.2013:
Kaderlohnopfer zur Reduzierung eines allfälligen Budgetdefizits
in den Jahren 2015–2018 | FV |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

4564. 2013/309
Weisung vom 11.09.2013:
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 198 vom 11.12.2013, Protokoll-Nr. 4564/2013).

Antrag 011.

S. 105	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1020	Stadtkanzlei			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011.	Antrag Stadtrat			205 000	

80 000	125 000	Zustimmung	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
--------	---------	------------	---

Begründung: Keine allfällig notwendigen Anpassungen des Erscheinungsbilds

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 97 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 012.

S. 105	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG
	1020	Stadtkanzlei
	3186 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
012.	Antrag Stadtrat			70 000		
		40 000		30 000	Zustimmung	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Bisher keine Ausgaben auf diesem Konto

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 107 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 013.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Wir haben bereits im Pauschalantrag über die Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter diskutiert. Es handelt sich hier ungefähr um einen gleich hohen Betrag. Wir sind der Ansicht, dass der Betrag, der im Jahr 2012 gesprochen wurde, ausreichen muss. Deshalb beantragen wir eine Verbesserung von Fr. 260 000.–

Samuel Dubno (GLP): Wir beantragen eine Verbesserung von Fr. 100 000.– gegenüber des Antrags des Stadtrats.

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die Stadt mit dem Kürzungsantrag der Alternativen Liste über sechs Millionen Franken, dem wir zu Beginn dieser Debatte zustimmten, zu genügend Einschränkungen gezwungen wird.

S. 105	10 1020 3189 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
013.	Antrag Stadtrat				1 160 000	Mehrheit
			260 000		900 000	Minderheit 1
			100 000		1 060 000	Minderheit 2
			Begründung: GLP/Grüne: DL Dritter reduzieren; SVP/FDP: Zunahme von Fr. 130 000 gegenüber Rg. 2012 muss reichen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(1 160 000)	44 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(900 000)	44 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(1 060 000)	<u>36 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 78 gegen 47 Stimmen zugestimmt.

Antrag 014.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Wir sind der Ansicht, dass die Kürzung vertretbar ist. Wir bitten dem Antrag auf Verbesserung von Fr. 20 000.– zuzustimmen.

Walter Angst (AL): Manche Verträge brauchen Abklärungen, dafür muss man Geld haben. Beim Datenschutzbeauftragten auf diese Weise zu sparen, ist nicht sinnvoll.

S. 111	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1035	Datenschutzbeauftragte/r			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat	20 000		33 000 13 000	Minderheit Mehrheit
					Walter Angst (AL) Referent Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Zunahme von Fr. 12 000 gegenüber Rg. 2012 muss reichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 117 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 015.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP ist der Ansicht, dass mit den Nichtbesetzungen von Fluktuationen 25 Millionen Franken eingespart werden können. Wir sind der Meinung, dass wir bei den Arbeitsbedingungen für das Personal nicht zu sparen brauchen, man jedoch über diese Verzichtleistungen einen Beitrag an die Verbesserung des Budgets leisten kann.

Roger Liebi (SVP): Das Stellenwachstum war in den letzten Jahren exorbitant. Es darf nicht so weitergehen. Der SVP geht es nicht darum, den Angestellten der städtischen Verwaltung den Lohn zu kürzen oder Entlassungen herbeizuführen. In der Stadt gibt es eine gesamthafte Fluktuationsrate von ungefähr 5,8 %. Wenn die Verwaltung verschlankt werden soll, kann dies am Einfachsten durch die Nichtbesetzung von frei werdenden Stellen geschehen. Von diesen 5,8 % Fluktuation möchten wir vier Prozentpunkte nicht ersetzen. Dies würde ungefähr zu einer Verbesserung von 80 Millionen Franken führen. Uns ist klar, dass diese Verbesserung nicht bereits im ersten Jahr eintreten wird, deshalb haben wir im Antrag eine Verbesserung von 40 Millionen Franken eingestellt.

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK bittet Sie, beide Kürzungsanträge abzulehnen. Die Anträge wirken harmlos, aber es geht um Stellenabbau. Wie auch dem Votum von Roger Liebi (SVP) entnommen werden kann, sollen massiv Stellen abgebaut werden. Gleichzeitig will man aber auch nicht sagen, wo dieser Abbau stattfinden soll.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Die Stadtverwaltung weiss am Besten, wo diese Fluktuationen stattfinden. Die Einsparung soll dort erfolgen, wo Stellen nicht mehr besetzt werden müssen.

S. 113 10 **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
 1060 **Gesamtverwaltung**
 3010 0800 **Pauschalabzug für teilweise nicht besetzte Stellen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
015. Antrag Stadtrat			-14 000 000	Mehrheit
	25 000 000		-39 000 000	Minderheit 1
	48 000 000		-62 000 000	Minderheit 2
Begründung: SVP: Von 5,8 % Fluktuation 4 Prozentpunkte nicht ersetzen; FDP: Verzicht auf Besetzung von 250 Stellen über alle Departemente				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(-14 000 000)	78 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-39 000 000)	23 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-62 000 000)	<u>24 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 016.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Rebekka Wyler (SP): Angesichts der städtischen Finanzlage erachtet die Mehrheit der RPK eine Kürzung von Fr. 200 000.– für gerechtfertigt.

Dr. Urs Egger (FDP): Es ist unbestritten, dass es zu viele Kommunikationsstellen in der Stadtverwaltung gibt. Deshalb befürworten wir die Streichung von zehn Stellen in diesem Bereich.

Walter Angst (AL): Mit einer Einsparung von Fr. 200 000.– wird nichts bewirkt.

S. 113 10 **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
 1060 **Gesamtverwaltung**
 3010 0810 **Pauschalabzug infolge Reduktion von Kommunikationsstellen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
016. Antrag Stadtrat			0	Minderheit 1
				Walter Angst (AL) Referent

200 000	-200 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
1 000 000	-1 000 000	Minderheit 2	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
Begründung: FDP/SVP: 10 Kommunikationsstellen streichen; SP/GLP/Grüne: Kommunikationsstellen weiter reduzieren			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(-200 000)	72 Stimmen
Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(0)	5 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-1 000 000)	<u>48 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 017.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *In diesem Konto geht es um Abfindungen für unverschuldete Entlassungen. Bezüglich der Höhe dieser Abfindungen besteht ein Ermessensspielraum, häufig wird der Weg des geringsten Widerstands gewählt, um sich Rechtshändel zu ersparen. In der Wirtschaft ist dies auch der Fall, weshalb es auch dort zu entsprechenden Abfindungen kommt. Die Stadt macht somit genau dasselbe, was der Wirtschaft vorgeworfen wird. Wenn die SP geradlinig bleiben möchte, müsste sie diesem Kürzungsantrag zustimmen.*

Rebekka Wyler (SP): *Roger Liebi (SVP) hat nicht ganz unrecht. Es gibt jedoch im Personalrecht klare Bemessungen der Maximalhöhe der Abfindungen. Bei den Zusatzkrediten wurde ausführlich über das Thema geredet, die RPK befasste sich mit dem Thema. Es kann jederzeit eine Änderung des Personalrechts beantragt werden.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): *Im Personalrecht ist ein Maximalbetrag festgelegt. Dieser muss nicht zwangsläufig ausbezahlt werden. Es ist positiv, dass auch die SP die Abfindungen zu hoch findet.*

S. 113	10 1060 3010 0850	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017.	Antrag Stadtrat				1 600 000	Mehrheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			500 000		1 100 000	Minderheit
						Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Weniger hohe Abfindungen bezahlen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 45 Stimmen zu.

Antrag 018.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit beantragt die Kürzung der Prämienauszahlung im Jahr 2014. Der Stadtrat hat in seiner Antwort geschildert, dass er an den Lohnmassnahmen festhalten möchte. Änderungen sind vor allem im Bereich der Prämien möglich.

Rebekka Wyler (SP): Es handelt sich hierbei um eine Kürzung zulasten des städtischen Personals. Das städtische Personal leistet unter hohem Druck gute Arbeit. Das Personal sollte nicht bestraft werden.

S. 113	10 1060 3010 0858	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Sammelkredit für die Anpassung der Löhne im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
018.	Antrag Stadtrat				16 125 000	Mehrheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			4 500 000		11 625 000	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Keine Prämienauszahlungen im 2014			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

4575. 2013/421

**Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 27.11.2013:
Kaderlohnopfer zur Reduzierung eines allfälligen Budgetdefizits in den Jahren
2015–2018**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Andreas Kirstein (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4524/2013): Das Budgetdefizit ist ein strukturelles Defizit. Wir betrachten das Kaderlohnopfer als befristete Übergangsmassnahme für vier Jahre. Unsere Forderung ist sozialverträglich, da wir dieses Opfer nur im höheren Lohnbereich fordern. Wir würden die Grenze bei ungefähr Fr. 111 000.– ansetzen. Das Postulat ist zudem gewerbefreundlich, da in diesem Bereich die Kaufkraft, beziehungsweise Konsumfreudigkeit der Leute nicht beeinträchtigt wird. In der Bundesverwaltung hat sich diese Massnahme in einer ähnlichen Sparsituation bewährt. Aus unserer Sicht sind keine negativen Auswirkungen auf die Motivation zu befürchten, da der Lohn nur eine geringe Auswirkung auf die Motivation, beziehungsweise die dahinterliegende Leistung besitzt. Zudem haben die betroffenen Führungskräfte die Möglichkeit, ihren Beitrag zur Verringerung des Defizits zu leisten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wir lehnen das Postulat klar ab. Im städtischen Personalrecht gibt es keine Grundlage, die eine Umsetzung des Postulats erlauben würde. Der Gemeinderat kann eine Änderung des Personalrechts anstreben. Das städtische Kader erbringt eine sehr gute Leistung. Wir sind mit den Top-Kaderlöhnen nicht konkurrenzfähig. Wenn wir hier ein Zeichen aussenden und die Kaderlöhne auch nur um 1 % kürzen, dann ist das für den Standort Zürich ein schlechtes Signal.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Fehr (SVP): Dieses Postulat widerspricht dem Personalrecht.

Andreas Kirstein (AL): Es sind durch das Postulat durchaus auch Personen betroffen, die sich jetzt zu Wort gemeldet haben. Für die Umsetzung dieses Postulats muss die Rechtsgrundlage geändert werden. Dies ist bei vielen Postulaten der Fall. Es ist mir ein Rätsel, warum das hier nicht möglich sein soll.

Roger Liebi (SVP): Es handelt sich bei diesem Postulat um einen Neidvorstoss. Es besteht keine Bereitschaft, die Personalkosten generell zu reduzieren.

Niklaus Scherr (AL): Der Stadtrat gehört auch zum Kader und ist von diesem Postulat betroffen. Wir machen einen vernünftigen Vorschlag, der geprüft werden kann.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Was passiert mit all den Teilzeitanstellungen, die Frauen innehaben? Die Frauen oder auch Männer, die Teilzeit arbeiten, sind auf das Geld angewiesen. Man muss sich fragen, ob es diejenigen trifft, die es auch treffen soll.

Rebekka Wyler (SP): Die finanzielle Situation der Stadt ist noch nicht so schlimm, dass ein solches Opfer nötig ist.

Samuel Dubno (GLP): Die Stadt erlaubt Anstellungen zu verschiedenen Löhnen. Mit dieser Kürzung wird die Konkurrenzfähigkeit der Stadt nicht massiv leiden. Ich habe

auch in der Privatwirtschaft erlebt, dass in wirtschaftlich schlechteren Jahren der Lohn des Kaders reduziert oder kein 13. Monatslohn ausbezahlt wurde.

Das Postulat wird mit 16 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4564. Antrag 020.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Auf diesem Konto ist der erwartete Teuerungsausgleich eingestellt. In der Begründung steht, dass der aktuelle Stand 99,3 Punkte beträgt, dies ist nicht mehr zutreffend. Im November lag der Stand bei 99,4 Punkten, im Februar sollte er auf 99,8 Punkte steigen. Auch dann ist noch kein Teuerungsausgleich fällig. Die Mehrheit der RPK geht davon aus, dass der Teuerungsausgleich nicht nötig ist. Sollte der Teuerungsausgleich wider Erwarten nötig werden, kann er durch einen Zusatzkredit bewilligt werden.

Rebekka Wyler (SP): Der Antrag geht aus unserer Sicht auf Kosten des städtischen Personals.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Es geht hier darum, einen Teuerungsausgleich zu budgetieren, obwohl es keine Teuerung gibt. Wenn es keine Teuerung gibt, wird dem Personal auch kein Teuerungsausgleich ausbezahlt.

S. 113	10 1060 3010 0917	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Sammelkredit für die Anpassung der Löhne im Zusammenhang mit den bisherigen Lohnmassnahmen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
020.	Antrag Stadtrat				3 556 000	Minderheit Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			3 556 000		0	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung: Teuerungserwartung null (aktueller Stand 99,3 Punkte)				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 021.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Dr. Urs Egger (FDP): Das Budget für Aus- und Weiterbildung wird in der Regel nicht vollumfänglich ausgeschöpft. Deshalb beantragen wir eine zusätzliche Verbesserung von Fr. 2 000 000.–.

Walter Angst (AL): Das Budget für die Aus- und Weiterbildung beträgt 0,9 % des Gesamtbudgets. Andere Betriebe stellen bedeutend höhere Beträge zur Verfügung. Es wäre besser, das Budget so zu belassen und dem Stadtrat den Auftrag zu geben, vernünftige Aus- und Weiterbildungsangebote zu schaffen.

Rebekka Wyler (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Minderheit 2 zurück.

S. 113	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3091 0300	Pauschalabzug Aus- und Weiterbildung des Personals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat			-4 000 000	Minderheit 1
		2 000 000		-6 000 000	Mehrheit
		1 000 000		-5 000 000	Minderheit 2
		Begründung: SP: Weniger Aus- und Weiterbildung im Bereich Selbstkompetenzen; SVP/FDP: Kredit wird erfahrungsgemäss nicht ausgeschöpft			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 022.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Dieser Antrag hat direkt oder indirekt mit dem Stellenwachstum zu tun. Es wird immer mehr Geld für Personalwerbung ausgegeben. Wenn wir hier einen Pauschalabzug machen, können wir wieder den Stand des Jahres 2011 erreichen. Die Stadt wird durch diese Kürzung nicht untergehen. Wenn die Stadt so hervorragend ist, wie dies von den Linken immer wieder behauptet wird, dann arbeiten die Leute auch gerne für die Stadt.

Rebekka Wyler (SP): Es handelt sich hierbei um einen Folgeantrag zum obenstehenden Antrag. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag ab.

S. 113	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3092 0300	Pauschalabzug Personalwerbung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022.	Antrag Stadtrat			-500 000	Mehrheit
		1 000 000		-1 500 000	Minderheit
		Begründung: Entsprechend der Einsparung Fluktuation weniger Personalwerbung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 58 Stimmen zu.

Antrag 023.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): In den Anträgen 23 und 24 geht es um dasselbe. In beiden Anträgen findet die RPK die Verdoppelung des Pauschalabzugs sinnvoll.

Walter Angst (AL): Diese Pauschalkürzung ist unlogisch. Sie bewirkt nichts. Wir finden es sinnvoller, dort zu sparen, wo man etwas bewirken kann.

S. 113	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3099 0300	Pauschalabzug übriger Personalaufwand			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
023.	Antrag Stadtrat			- 500 000	Minderheit
		500 000		-1 000 000	Mehrheit
		Begründung: Verdoppelung des Pauschalabzugs			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 120 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 024.

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3101 0300	Pauschalabzug Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat			-1 000 000	Minderheit
		1 000 000		-2 000 000	Mehrheit
					Walter Angst (AL) Referent Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Verdoppelung des Pauschalabzugs			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 117 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 025.

Kommissionsminderheit:

Dr. Urs Egger (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück: *Aus unserer Sicht könnte sich der Stadtrat in diesem Bereich relativ einfach einschränken. Aufgrund des vorherigen Pauschalantrags ziehen wir diesen Antrag zurück.*

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3107 0300	Pauschalabzug Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
025.	Antrag Stadtrat			- 250 000	Mehrheit
		5 100 000		-5 350 000	Minderheit
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Alle Departemente geben 30 % weniger aus			

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 026.

Kommissionsmehrheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit erachtet die Verdoppelung des Pauschalabzugs als sinnvoll.

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3111 0310	Pauschalabzug Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
026.	Antrag Stadtrat			- 500 000	Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP)
		500 000		-1 000 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Verdoppelung des Pauschalabzugs

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 117 gegen 7 Stimmen zu.

Antrag 027.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die meisten Parteien sind über die Finanzlage der Stadt besorgt. Hier geht es um die Software. Wir sind der Ansicht, dass diese Ausgaben stärker an die Finanzlage angepasst werden müssen.

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der Kommission erachtet diesen Kürzungsantrag als zu hoch.

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3113 0300	Pauschalabzug Anschaffungen IT-Anlagen Software				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
027.	Antrag Stadtrat			-2 000 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		2 000 000		-4 000 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: IT-Ausgaben verstärkt der Finanzlage anpassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 028.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Ausgaben für den Pauschalabzug in den Bereichen Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Eine Kürzung in diesem Bereich ist machbar.

Rebekka Wyler (SP): Die städtischen Ausgaben wachsen nicht zufällig. Bald werden 400 000 Menschen in der Stadt leben.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Rechnungszahlen sollten nicht mit Budgetzahlen verglichen werden.

Roger Liebi (SVP): Wir setzen beim Budget an und schauen nicht hinterher, wie es hätte sein können.

Walter Angst (AL): Die Verwaltung macht nichts, wenn wir bei den Pauschalkürzungen höhere Beträge einstellen. Wir haben dies mehrfach abgeklärt.

S. 114	10 1060 3130 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
028.	Antrag Stadtrat				0	Mehrheit Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			2 000 000		-2 000 000	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Verbrauchsmaterialienbezug noch stärker der Finanzlage anpassen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 61 Stimmen zu.

Antrag 029.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit bittet Sie, die Verdoppelung des Pauschalabzugs zu unterstützen.

Samuel Dubno (GLP): In den vergangenen Jahren wurden die für dieses Konto gesprochenen Beträge nie voll ausgenutzt.

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3141 0300	Pauschalabzug Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
029.	Antrag Stadtrat			-1 000 000	Minderheit 1
		1 000 000		-2 000 000	Minderheit 2
					Walter Angst (AL) Referent Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		2 000 000		-3 000 000	Mehrheit
					Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: GLP/SVP/FDP: Unterhalt reduzieren; Grüne/SP: Verdoppelung des Pauschalabzugs			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(-3 000 000)	59 Stimmen
Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(-1 000 000)	9 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-2 000 000)	<u>55 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 60 gegen 60 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zugestimmt.

Antrag 030.

Kommissionsminderheit:

Roger Liebi (SVP): Auch in diesem Konto sind die Ausgaben in den vergangenen Jahren gestiegen. In diesem Bereich kann gut gespart werden.

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3142 0300	Pauschalabzug Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Finanzvermögens			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
030.	Antrag Stadtrat			0	Mehrheit
		1 000 000		-1 000 000	Minderheit
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Pauschale Reduktion Unterhalt Liegenschaften FV			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 031.

Kommissionsmehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit beantragt die Verdoppelung des Pauschalabzugs. In diesem Jahr haben wir weniger budgetiert als im Vorjahr. Deshalb fällt der Pauschalabzug auch geringer aus. Nichtsdestotrotz ist eine Verdoppelung desselben machbar.

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3149 0310	Pauschalabzug Unterhalt übriger Anlagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
031.	Antrag Stadtrat			-1 000 000	Minderheit
		1 000 000		-2 000 000	Mehrheit
					Walter Angst (AL) Referent Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Unterhalt reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 120 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 032.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): In den Anträgen 32 bis 35 geht es um dasselbe. In jedem dieser Anträge erachtet die Mehrheit der Kommission eine Verdoppelung der Pauschalabzüge als sinnvoll.

Urs Fehr (SVP): Der Unterhalt ist wichtig, aber eine weitere Verbesserung dieses Kontos ist machbar.

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3152 0300	Pauschalabzug Unterhalt IT-Anlagen Hardware			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
032.	Antrag Stadtrat			- 500 000	Minderheit 1
		500 000		-1 000 000	Mehrheit
		2 500 000		-3 000 000	Minderheit 2
		Begründung: SVP: Unterhalt auf das Notwendige beschränken; Grüne/FDP/SP: Verdoppelung des Pauschalabzugs			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(-1 000 000)	86 Stimmen
Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(-500 000)	5 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-3 000 000)	<u>33 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 033.

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3153 0300	Pauschalabzug Unterhalt IT-Anlagen Software			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
033.	Antrag Stadtrat			-2 000 000	Minderheit
		Walter Angst (AL) Referent			

2 000 000	-4 000 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
-----------	------------	----------	--

Begründung: Verdoppelung des Pauschalabzugs, verstärkt der Finanzlage anpassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 119 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 034.

Kommissionsminderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Eine Verdoppelung des Pauschalabzugs ist aus unserer Sicht möglich.

Wortmeldung der Kommissionsmehrheit siehe Antrag 032.

S. 114	10 1060 3160 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Miete und Pacht von Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
034.	Antrag Stadtrat				-1 000 000	Mehrheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					1 000 000	Minderheit
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP)
						Begründung: Verdoppelung des Pauschalabzugs

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 17 Stimmen zu.

Antrag 035.

S. 114	10 1060 3170 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
035.	Antrag Stadtrat				- 250 000	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP)

250 000	- 500 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
---------	-----------	----------	--

Begründung: Verdoppelung des Pauschalabzugs

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 114 gegen 11 Stimmen zu.

Antrag 036.

Kommissionsminderheit 2:

Dr. Urs Egger (FDP): *Dieser Bereich ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Das Personal hat ebenfalls zugenommen. Wir sind der Ansicht, dass die Verwaltung diesen Aufgaben nachkommen kann und nicht mehr so viel externe Unterstützung notwendig ist.*

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3180 0310	Pauschalabzug Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
036.	Antrag Stadtrat			-5 000 000	Minderheit 1
				-10 000 000	Minderheit 2
				-6 500 000	Mehrheit
					Enthaltung
					Samuel Dubno (GLP)
		Begründung: Grüne/SP: Pauschalabzug erhöhen; SVP/FDP: Die Aufgaben und Ausgaben sind konsequent der prekären Finanzlage anzupassen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(-6 500 000)	59 Stimmen
Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(-5 000 000)	5 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-10 000 000)	<u>60 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 62 gegen 58 Stimmen zugestimmt.

Antrag 037.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *In diesem Antrag geht es um Planungs- und Projektarbeiten. Stadtrat Daniel Leupi hat heute schon gesagt, dass die Verzichtspläne im Gang seien. Entsprechend kann auch auf Ausgaben in den Bereichen der Planungs- und der Projektierungsarbeiten Dritter verzichtet werden. Deshalb sind wir der Ansicht, dass der Pauschalabzug erhöht werden kann.*

Rebekka Wyler (SP): *Auch dieser Minderheitsantrag ist so nicht tragbar.*

S. 114	10 1060 3182 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
037.	Antrag Stadtrat				-1 000 000	Mehrheit
			500 000		-1 500 000	Minderheit
			Begründung: Weniger planen			
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 038.

Kommissionsminderheit 2:

Dr. Urs Egger (FDP): *Auch dies ist ein Bereich, der stark gewachsen ist. Wir möchten dieses Konto gleich hoch lassen wie in der Rechnung 2012. Deshalb beantragen wir eine Verbesserung von Fr. 5 000 000.–*

S. 114	10 1060 3186 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
038.	Antrag Stadtrat				-1 000 000	Minderheit 1
			1 000 000		-2 000 000	Mehrheit
					-6 000 000	Minderheit 2
			5 000 000			
						Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP) Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: FDP/SVP: Alle Departemente geben 30 % weniger aus, mehr Projekte selber begleiten; Grüne/SP: Verdoppelung des Pauschalabzugs

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(-2 000 000)	66 Stimmen
Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(-1 000 000)	5 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-6 000 000)	<u>50 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 039.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Dieser Antrag wurde bereits in der Eintretensdebatte erwähnt. Manche Dienstabteilungen verlangen kostendeckende Tarife für Parkplätze, andere richten sich nach einer alten Richtlinie und verlangen subventionierte Tarife. Die derzeitige Situation ist chaotisch. Die Mehrheit der RPK findet dieses Chaos falsch, da es unökologisch, undemokratisch, ungerecht und politisch falsch ist. Es ist unökologisch, weil mit der Subventionierung das Autofahren unterstützt wird. Aus diesem Grund ist es undemokratisch, da gemäss einer Abstimmung der Autoverkehr um 30 % reduziert werden soll. Es ist ungerecht, da einerseits nicht einsichtig ist, weshalb ein Verwaltungsangestellter, der mit dem Auto zur Arbeit fährt, inklusive der Lohnnebenleistungen mehr verdienen soll als jemand, der mit dem öffentlichen Verkehr oder dem Velo zur Arbeit kommt. Bei Personen, die Schichtdienst leisten oder aus körperlichen Gründen auf das Auto angewiesen sind, ist diese Subvention in Ordnung. Wir haben mit einer Million Franken vorsichtig budgetiert, gehen jedoch davon aus, dass die Einsparung höher ausfallen wird.

Roger Liebi (SVP): In diesem Gemeinderat werden für viele Bevölkerungsgruppen Subventionen gesprochen. Ausgerechnet zu Lasten der Verwaltungsangestellten sollen nun Subventionen gestrichen werden. Mehreinnahmen können nicht als Einsparungen budgetiert werden. Lehrpersonen können nicht immer alle Materialien in der Handtasche transportieren. Somit richtet sich dieser Vorstoss auch gegen die Schülerinnen und Schüler.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): Es geht hier um das Verursacherprinzip. Diverse Angestellte zahlen keinen kostendeckenden Beitrag für ihren Parkplatz. Es sind klare Ausnahmen definiert, so dass Leute, die im Schichtbetrieb arbeiten, behindert sind oder einen grösseren Materialtransport haben, nicht direkt zur Kasse gebeten werden.

Roger Tognella (FDP): In diesem Bereich wird dem städtischen Personal nicht genügend Wertschätzung entgegengebracht. Die Mitarbeitenden der Stadtspitäler arbeiten alle im Schichtbetrieb. Sie zahlen bereits jetzt für die Personalparkplätze. Diese Personen sollen entsprechend dieses Antrags künftig nicht mehr für die Parkplätze zahlen. VBZ-Mitarbeiter arbeiten, wenn auch nur tagsüber, Schicht, Lehrer jedoch nicht. Letztere werden in diesem Antrag somit diskriminiert.

Niklaus Scherr (AL): Dieser Antrag ist unglaubwürdig, weil eine Gebühr eingenommen wird und man diese als ökologisch verkauft.

S. 115	10 1060 4273 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Vergütung für Benutzung von Verwaltungsparkplätzen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
039.	Antrag Stadtrat				0	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			1 000 000		-1 000 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			Begründung:	Kostendeckende Gebühren für Personalparkplätze verrechnen (ausser für Schichteinsätze sowie wenn Nutzende beispielsweise wegen körperlicher Behinderung auf das Auto zwingend angewiesen sind)		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 48 Stimmen zu.

PRÄSIDIALDEPARTEMENT

Antrag 040.

S. 123	15 1500 3180 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter																						
		<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 30%;">Verbesserung</th> <th style="width: 30%;">Verschlechterung</th> <th style="width: 20%;">Betrag</th> <th style="width: 20%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">150 000</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">040.</td> <td style="vertical-align: top;">Antrag Stadtrat</td> <td style="text-align: center;">50 000</td> <td style="vertical-align: top;"> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Zustimmung</td> <td style="width: 40%;">Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">Enthaltung</td> <td>Walter Angst (AL)</td> </tr> </table> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"></td> <td colspan="2">Begründung: Zunahme von Fr. 30 000 gegenüber Rg. 2012 muss reichen</td> </tr> </tbody> </table>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag				150 000		040.	Antrag Stadtrat	50 000	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Zustimmung</td> <td style="width: 40%;">Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">Enthaltung</td> <td>Walter Angst (AL)</td> </tr> </table>		Zustimmung	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)		Enthaltung	Walter Angst (AL)			Begründung: Zunahme von Fr. 30 000 gegenüber Rg. 2012 muss reichen	
Verbesserung	Verschlechterung	Betrag																						
		150 000																						
040.	Antrag Stadtrat	50 000	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Zustimmung</td> <td style="width: 40%;">Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">Enthaltung</td> <td>Walter Angst (AL)</td> </tr> </table>		Zustimmung	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)		Enthaltung	Walter Angst (AL)															
	Zustimmung	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)																						
	Enthaltung	Walter Angst (AL)																						
		Begründung: Zunahme von Fr. 30 000 gegenüber Rg. 2012 muss reichen																						

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 041.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): Auf diesem Konto wird eine Verschlechterung des Budgets von rund Fr. 287 200.– hingenommen. Es geht um Stellen, die in den Bereichen Ressortleitung bildende Kunst, Projektleitung sowie im Bereich Atelierbeauftragte besetzt wurden. Des Weiteren wurden die Funktionseinstufungen der Ressortleitungen überprüft. Ein Mitglied des Co-Leitungsteams des Theaterspektakels hat den vorzeitigen Altersrücktritt in Aussicht gestellt. Die Wiederbesetzung dieser Stellen ist wünschenswert, jedoch bei diesem Defizit nicht realistisch. Wir sind der Ansicht, dass die Personaloptimierungen für die verschiedenen Anforderungsprofile durch interne Beförderungen oder Verschiebungen möglich sein müssen.

Samuel Dubno (GLP): Ich spreche zu den Anträgen 41 und 42. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass sich Stellen auf diese Weise nicht reduzieren lassen.

S. 124	15 1501 3010 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
041.	Antrag Stadtrat				4 134 500	Mehrheit
			413 500		3 721 000	Minderheit
			Begründung: Effizienzsteigerung, Kürzung Personal 10 %			
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 042.

Kommissionsminderheit:

Margrit Haller (SVP): Auf diesem Konto fordert die SVP-Fraktion eine Kürzung der Ausgaben um 10 %. Seit dem Jahr 2011 haben sich die Ausgaben beinahe verdoppelt. Es sollte weniger externes Personal beschäftigt werden, interne Ressourcen sollten vermehrt genutzt werden.

Wortmeldung der Kommissionsmehrheit siehe Antrag 041.

S. 124	15 1501 3018 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
042.	Antrag Stadtrat				1 604 800	Mehrheit
			160 500		1 444 300	Minderheit
			Begründung: Effizienzsteigerung, Kürzung externes Personal 10 %			
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 043.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Rote Fabrik rechnet die Heizkosten über die Mietkosten ab. Solange die Kontoführung der Roten Fabrik nicht transparent ist, lehnen wir diesen Posten ab.

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK findet die Kontoführung der Roten Fabrik nicht intransparent. Wir haben sie genauer angeschaut, die Rote Fabrik sollte nicht für etwas bestraft werden, für das sie nichts kann.

S. 125	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT			
	1501	Kultur			
	3120 0000	Wasser, Energie und Heizmaterialien			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
043.	Antrag Stadtrat			145 000	Mehrheit
		49 000		96 000	Minderheit
		Begründung: Intransparente Kontoführung Rote Fabrik			
					Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 044.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): Auf diesem Konto fordert die SVP-Fraktion eine Kürzung von 10 % bei externen Aufträgen. In der Antwort hiess es, dass die Dienstleistungen noch nicht festgelegt seien. Dies ermöglicht eine optimierte Budgetplanung.

Samuel Dubno (GLP): Wir beantragen eine Kürzung von 2 %. Eine Kürzung in dieser Grössenordnung ist sicher verträglich.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die Mehrheit der RPK unterstützt ein lebendiges, vielfältiges Kulturangebot. Die kleinen stadteigenen Betriebe sind auf diese Beträge angewiesen. Ihre Bemühungen um gute Produktionen generieren wiederum Einnahmen.

S. 125	15 1501 3180 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
044.	Antrag Stadtrat				6 237 500	Mehrheit
			623 800		5 613 700	Minderheit 1
			125 000		6 112 500	Minderheit 2
			Begründung: GLP/Grüne/FDP: Senkung Kostendächer um 2 %; SVP: Effizienzsteigerung, Kürzung externer Aufträge um 10 %			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(6 237 500)	44 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(5 613 700)	26 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(6 112 500)	<u>54 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 81 gegen 44 Stimmen zugestimmt.

Antrag 045.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Da wir bereits Antrag 005. zustimmten, möchte ich diesen Antrag zurückziehen.

Margrit Haller (SVP): Die SVP-Fraktion beantragt, die Ausgaben auf die Höhe des Budgets 2013 einzufrieren. Die Prioritäten müssen klar gesetzt werden.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Wir haben hier bereits eine Kürzung beschlossen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): Wir übernehmen den Antrag der Minderheit 1 und halten ihn aufrecht.

S. 126	15 1501 3189 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
045.	Antrag Stadtrat			301 000	Mehrheit
			51 000	250 000	Minderheit 1
			83 800	217 200	Minderheit 2
			Begründung: SVP: Verschieben der Generalüberholung; Grüne/GLP/FDP: Zunahme von Fr. 70'000 gegenüber Rg. 2012 muss reichen		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(301 000)	71 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(250 000)	28 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(217 200)	<u>26 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 046.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Im November haben wir der Erhöhung des Beitrags an die Zürcher Filmstiftung zugestimmt. Deshalb können wir jetzt Fr. 200 000.– aus dem Budget herausnehmen.

Samuel Dubno (GLP): Ein Grossteil der Gelder ist bei den Kulturinstitutionen gebunden. Ein grosser Kürzungsantrag auf diesem Konto würde die kleinen Institutionen belasten. Deshalb beantragen wir lediglich eine Kürzung von Fr. 400 000.–

Claudia Simon (FDP): Die FDP setzt sich für ein breites Kulturangebot in der Stadt ein. Das Defizit beträgt mittlerweile Fr. 230 000 000.– Für uns ist somit auch Sparen im Kulturbereich angezeigt. Wir sind deshalb für eine Einsparung von 5 %.

Margrit Haller (SVP): In Anbetracht des Defizits 2014 fordert die SVP eine Verbesserung des Budgets um 10 %. Die Kulturausgaben steigen jährlich an. Die einzelnen Kulturinstitute müssen ihren Eigenfinanzierungsgrad erhöhen. Dass dies geht, haben bereits einige Institutionen bewiesen.

Walter Angst (AL): Wenn dem Antrag der Mehrheit zugestimmt wird, wird gleichzeitig auch der Liquidierung des Strauhofs zugestimmt. Mit einer Verbesserung des Budgets um Fr. 250 000.– können sowohl die Festspiele als auch die Nichtumsetzung der Liquidierung des Strauhofs unterstützt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Thomas Monn (SVP): Das Kulturbudget wurde in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Die staatliche Kulturpolitik führt dazu, dass immer mehr kulturelle Institutionen von der Stadt Subventionen beziehen. Gleichzeitig werden Künstler, die keine Subventionen erhalten, benachteiligt. Kultur soll in unserer Gesellschaft einen Stellenwert besitzen, jedoch auch Eigenwirtschaftlichkeit aufweisen.

Niklaus Scherr (AL): Budgetdebatten sollten sich dadurch auszeichnen, dass man genau weiss, was bei Kürzungs- und Erhöhungsanträgen läuft. In diesem Fall gibt es einen symbolischen Überbietungswettbewerb. Seitens der SP wird der Strauhof in eine Grauzone verschoben. Lediglich der Antrag der AL besitzt eine klare politische Aussage.

Roger Liebi (SVP): Wir kritisieren die Kulturausgaben dieser Stadt regelmässig. Wir haben die Kulturausgaben jedoch noch nie vollständig streichen wollen. Wenn aus der Budgetdebatte eine Kulturdebatte entstehen soll, dann machen wir das. Wir können genau bezeichnen, welche Kulturausgaben wir nicht unterstützen wollen. Wir haben die Verzichtspläne diesmal dem Stadtrat überlassen.

Dr. Urs Egger (FDP) zieht namens der FDP-Fraktion den Antrag der Minderheit 2 zurück: Die FDP hat verschiedentlich bei Kulturdebatten konkret bezeichnet, bei welchen Institutionen wir Kürzungen wünschen. Wir betreiben eine klare Kulturpolitik. Wenn die Fr. 50 000.– für die Liquidierung des Strauhofs gestrichen werden sollen, unterstützt man langfristig Mehrausgaben von rund Fr. 500 000.–.

S. 126		15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT			
		1501	Kultur			
		3652 0000	Kulturförderungsbeiträge			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
046.	Antrag Stadtrat				102 921 500	
		400 000			102 521 500	Minderheit 1 Samuel Dubno (GLP) Referent
		5 000 000			97 921 500	Minderheit 2 Urs Schmid (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP)
		10 292 200			92 629 300	Minderheit 3 Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		200 000			102 721 500	Mehrheit Andrea Nüssli-Danuser (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		250 000			102 671 500	Minderheit 4 Walter Angst (AL) Referent

Begründung: AL: Zürcher Festspiele ablehnen, keine Planung Strauhof; GLP: GR hat Erhöhung Beiträge an Zürcher Festspiele abgelehnt und allgemeine Einsparungen; FDP: Müssen mit dem gekürzten Betrag auskommen; SVP: Angesichts Defizit 2014 10 % reduzieren; Grüne/SP: Zürcher Festspiele (GR-Beschluss vom 6.11.2013)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(102 921 500)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(102 721 500)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(102 521 500)	40 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(92 629 300)	26 Stimmen
Antrag Minderheit 4	(102 671 500)	<u>5 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag des Stadtrats ausgeschieden.

Walter Angst (AL) zieht namens der AL-Fraktion den Antrag der Minderheit 4 zurück.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(102 721 500)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(102 521 500)	45 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(92 629 300)	<u>26 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 3. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 3 ausgeschieden.

3. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 53 gegen 46 Stimmen zugestimmt.

Antrag 047.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Im Bereich der Löhne der Stadtentwicklung soll eine Kürzung von Fr. 100 000.– erfolgen. Es handelt sich um eine bescheidene Kürzung. Die integra-

tive Förderung soll um Fr. 45 000.– gekürzt werden, die Neueinstufung um Fr. 42 000.–, die restlichen Fr. 13 000.– können irgendwo gekürzt werden.

Samuel Dubno (GLP): Die zusätzlichen Stellenprozente werden durch den Kanton refinanziert, zudem gibt es eine Mutterschaftsvertretung. Diese ist verständlich und wird zu 80 % durch die Erwerbsersatzordnung refinanziert. Durch eine Neueinstufung sollen einzelne Mitarbeiter nicht bestraft werden.

S. 129	15 1505 3010 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				3 509 200	Mehrheit
			100 000		3 409 200	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Streichung der neuen Stelle und der Neueinstufung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 048.

S. 130	15 1505 3170 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
048.	Antrag Stadtrat				70 000	
			10 000		60 000	Zustimmung
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Budget 2013			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 049.

S. 130	15 1505 3180 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
049.	Antrag Stadtrat				1 459 100
			200 000		1 259 100
				Zustimmung	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Vize- präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung:	Weniger Medienreisen und Global PR		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 050.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): *Wir möchten die Ausgaben auf diesem Konto allgemein überprüfen. Beispielsweise könnten wir auf das Game-Festival verzichten oder mindestens eine stärkere Beteiligung Privater fordern. Die Initiierung solcher Festivals ist nicht primär Aufgabe der Stadt.*

Dr. Thomas Monn (SVP): *Wir beantragen, die Ausgaben auf dem Stand des Jahres 2013 zu belassen. Es gibt ein Einsparpotential von 10 %. Stadtentwicklung ist eine langfristige Aufgabe, manche Projekte müssen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.*

Samuel Dubno (GLP): *Wir beantragen ebenfalls einen Verzicht der städtischen Beteiligung für das Game-Festival. Der Stadtrat führt aus, dass Zürich eine Szene von hochqualifizierten Game-Entwicklern besitzt. Diese Szene konnte ohne diese Veranstaltung geschaffen werden. Solche Veranstaltungen konnten auch in der Vergangenheit privat organisiert werden. Wir möchten zudem die Finanzierung für weitere Veranstaltungen und Projekte kürzen, überlassen hier jedoch die konkrete Entscheidung dem Stadtrat.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Die Mehrheit der Grünen findet das Game-Festival gut und ist für die städtische Unterstützung. Dies ist auch ein Zeichen nach aussen, dass in der Stadt auch ein Game-Festival stattfinden kann.*

S. 130	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1505	Stadtentwicklung Zürich				
	3650 0000	Beiträge an private Unternehmungen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
050.	Antrag Stadtrat			4 061 000	Minderheit 1	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin
		405 400		3 655 600	Minderheit 2	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		100 000		3 961 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		155 400		3 905 600	Minderheit 3	Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung: FDP/GLP: Verzicht Zurich Game Festival und andere Projekte; SVP: Keine zusätzlichen Beiträge ausrichten, Sparmassnahmen durchsetzen; SP: Überprüfung der Beteiligung am Zurich Game Festival				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(3 961 000)	46 Stimmen
Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(4 061 000)	12 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 655 600)	26 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(3 905 600)	<u>40 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Mehrheit	(3 961 000)	59 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 655 600)	26 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(3 905 600)	<u>40 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 3. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

3. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 3 wird mit 66 gegen 59 Stimmen zugestimmt.

Antrag 051.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Wir beantragen eine Streichung des gesamten Beitrags auf diesem Konto. Wir begründen dies damit, dass es sowohl auf kantonaler, als auch auf nationaler Ebene in diesem Bereich genügend Anlaufstellen gibt. Die meisten Betriebe haben entsprechende Richtlinien bereits implementiert.

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP ist nach wie vor der Ansicht, dass die Stellenleitung und eine Assistenz ausreichend sind, um die Aufgaben zu erfüllen.

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass weder eine komplette Streichung noch eine drastische Reduktion zielführend sind.

Weitere Wortmeldung:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die FDP möchte scheinbar auch die Büro- und Materialkosten streichen. Wie die verbleibenden zwei Stellen ausgeübt werden sollen, ist fraglich.

S. 132	15 1506 Saldo	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Laufende Rechnung / Saldo				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
051.	Antrag Stadtrat			1 781 900	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		1 781 900		0	Minderheit 1	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		1 516 900		265 000	Minderheit 2	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP)
		Begründung:		FDP: Stellenleiterin und Assistenz genügen; SVP: Fachstelle auflösen, braucht es nicht mehr		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(1 781 900)	78 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	27 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(265 000)	<u>19 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen

= absolutes Mehr

63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 052.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Wir beantragen eine Kürzung von Fr. 340 000.– im Bereich der Personalkosten. Das Museum Rietberg ist unbestritten eine erfolgreiche Kulturinstitution und wird auch erfolgreich geführt. Das Museum bemüht sich seit Jahren um private Sponsoren. Der Schuldenberg der Stadt führt dazu, dass auch beim Museum Rietberg gespart werden muss.

Samuel Dubno (GLP): Wir beantragen eine Kürzung von Fr. 100 000.–. Wenn in der Verwaltung gespart werden soll, kann auch vor einer solchen Institution nicht Halt gemacht werden.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Das Museum Rietberg hat einen Eigenfinanzierungsgrad von rund 50 %. Dies zeigt die grossen Bemühungen des Museums.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Je erfolgreicher das Museum Rietberg ist, umso mehr wächst das Defizit an. Unabhängig vom prozentualen Deckungsgrad steigen die Mehrausgaben stetig an.

S. 134	15 1520 Saldo	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Museum Rietberg Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
052.	Antrag Stadtrat				8 427 300	Mehrheit
			340 000		8 087 300	Minderheit 1
			100 000		8 327 300	Minderheit 2
						Enthaltung
		Begründung:	GLP/FDP: Finanzlage; SVP: Personalkosten reduzieren um Gesamtergebnis zu verbessern			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit (8 427 300) 60 Stimmen

Antrag Minderheit 1 (8 087 300) 24 Stimmen

Antrag Minderheit 2	(8 327 300)	<u>40 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 61 gegen 60 Stimmen zugestimmt.

Antrag 053.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Wir beantragen eine Kürzung auf diesem Konto von Fr. 19 300.–. Im Hinblick auf das Defizit 2014 kann auf die Durchführung des Personalfestes im Bevölkerungsamt verzichtet werden.

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass das Bevölkerungsamt nicht bestraft werden soll. Das Bevölkerungsamt budgetiert sehr besonnen. Andere Dienstabteilungen haben ein deutlich höheres Budget.

S. 135	15 1530 3099 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Bevölkerungsamt Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
053.	Antrag Stadtrat				80 000	Mehrheit
			19 300		60 700	Minderheit
			Begründung: Angesichts Defizit 2014 auf Festanlass verzichten			
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 054.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Für das Friedhof Forum braucht es unserer Ansicht nach keine

Veranstaltungen.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Das Friedhof Forum ist eine gute Sache. Friedhöfe werden zunehmend zu Lebensräumen für Menschen und Tiere. Das Friedhof Forum bietet Beratungen zu Bestattungen, Grabbepflanzungen und der Vermietung von historischen Grabsteinen an. Die Führungen und Veranstaltungen sorgen für Einnahmen.

Weitere Wortmeldung:

Alexander Jäger (FDP): Wenn die Leute zunehmend aus Kirchen austreten, gibt es gewisse Bedürfnisse, die durch den Staat befriedigt werden. Diese Dienstleistungen können auch durch die Kirchen angeboten werden.

S. 136	15 1530 3180 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Bevölkerungsamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
054.	Antrag Stadtrat				4 790 000	Mehrheit
			135 000		4 655 000	Minderheit
			Begründung: Keine Veranstaltungen Friedhof Forum			
						Andrea Nüssli-Danuser (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 57 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 200, Protokoll-Nr. 4564/2013).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4576. 2013/441

Schriftliche Anfrage von Bernhard Piller (Grüne) vom 11.12.2013: Stilllegungs- und Entsorgungskosten der Schweizer Atomkraftwerke

Von Bernhard Piller (Grüne) ist am 11. Dezember 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich hält eine Beteiligung an der Kernkraftwerk Gösgen AG von 15% und eine Beteiligung an der AKEB (Aktiengesellschaft für Kernenergie-Beteiligungen AG) von 20,5%. Über diese AKEB bezieht das ewz Strom aus dem AKW Leibstadt und den französischen AKW Bugey 2 & 3 und Cattenom 3 & 4. Im Bundesbeschluss zum Atomgesetz vom 6. Oktober 1978 wird das Verursacherprinzip festgehalten: Die Erzeuger von radioaktiven Abfällen müssen auf eigene Kosten für deren sichere Entsorgung aufkommen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Die "Back-End-Kosten" der Schweizer AKW - also die Kosten für die Nachbetriebsphase eines Atomkraftwerks, die Stilllegung und die Entsorgung von radioaktiven Abfällen werden alle 5 Jahre von swissnuclear und der Nagra neu berechnet. Vertraut der Stadtrat diesen Berechnungen?
2. Sind dem Stadtrat alternative Kostenberechnungen bzw. Kostenstudien bekannt?
3. Hat der Stadtrat bzw. das ewz allenfalls schon eigene alternative Kostenberechnungen zu den zu erwartenden Stilllegungs- und Entsorgungskosten angestellt?
4. Der Bundesrat empfiehlt bei den Kostenberechnungen einen Sicherheitszuschlag von 30%. Erachtet der Stadtrat diese Empfehlung für ausreichend?
5. Bei Grossprojekten kommt es häufig zu Kostenüberschreitungen. Beispiel Neat: 1992 rechnete man mit 12,6 Milliarden Franken. 2013 rechnet man mit 18,7 Milliarden Franken. Hat der Stadtrat eigene Reserven für mögliche Kostenüberschreitungen bei den Stilllegungs- und Entsorgungskosten der entsprechenden Anlagen angelegt?
6. Nach heutigen Vorgaben müssen diese beiden Anlagefonds jährlich 5% Anlagerendite erzielen. Weder der Stilllegungsfonds noch der Entsorgungsfonds haben diese 5% pro Jahr im Jahresdurchschnitt erreicht. Wie stellt sich der Stadtrat zu dieser Unterdeckung der beiden Fonds?
7. Die Berechnungen für diese beiden Anlagefonds (Stilllegungs- und Entsorgungsfonds) gehen von einer AKW-Laufzeit von 50 Jahren aus. Angenommen der Atomausstieg findet in der Schweiz früher statt und die Stadt Zürich hält zu diesem Zeitpunkt immer noch Beteiligungen an Atomkraftwerken: Welche Vorkehrungen hat die Stadt Zürich für diesen Fall getroffen?

Mitteilung an den Stadtrat

4577. 2013/442

**Schriftliche Anfrage von Bernhard Piller (Grüne) vom 11.12.2013:
Ausmass der dienstlichen Flugreisen des städtischen Personals**

Von Bernhard Piller (Grüne) ist am 11. Dezember 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Flugreisen nehmen von Jahr zu Jahr zu und der Klimaeffekt des Flugverkehrs ist enorm. Der Anteil des Flugverkehrs an allen Treibhausgasemissionen der Schweiz betrug im Jahr 2008 14.5 Prozent. Die Emissionen der Luftfahrt nahmen in den vergangenen Jahren im Schnitt um 1 - 2 Prozent pro Jahr zu. Geht diese Entwicklung ungebremst weiter, wird der Anteil des Flugverkehrs an allen Treibhausgasemissionen der Schweiz gemäss den Berechnungen des WWF im Jahr 2020 24 Prozent betragen.

Aufgrund des wachsenden Anteils des Flugverkehrs am Klimaeffekt stellt der Flugsektor bei der Erfüllung der Klima- und 2000-Watt-Ziele des Stadtrats eine besonders grosse Herausforderung dar. Die Stadtverwaltung nimmt hierbei eine Vorbildfunktion wahr. Insofern kommt der Anzahl der jährlichen Flüge, die von städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern in Erfüllung einer städtischen Aufgabe unternommen werden, ein spezielles öffentliches Interesse zu.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Flüge werden jährlich im Schnitt von städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern in Erfüllung einer städtischen Aufgabe unternommen?
2. Wie viele Flüge waren es im Jahr 2013?
3. Wie viele dieser Flüge fanden nach Übersee statt?
4. Wie viele dieser Flüge fanden innerhalb von Europa statt?
5. Wie viele dieser innereuropäischen Flüge gingen über eine Distanz von mehr als 1000 km?
6. Wie viele dieser innereuropäischen Flüge gingen über eine Distanz von weniger als 1000 km?
7. Wie viele dieser innereuropäischen Flüge gingen über eine Distanz von weniger als 500 km?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2013, 20.30 Uhr.